

Satzung der **Volksgewerkschaft e.V**

Angenommen auf der Mitgliederversammlung!

Saarbrücken den 28. 03. 2009

1. Name und Sitz

Der Verein führt den Namen „ **Deutsche -Volksgewerkschaft e.V** “
(**Die Kurzbezeichnung lautet: DVG.e.V**)

Der Sitz des Vereins ist Saarbrücken/ Saarland. Dort ist auch der Hauptgeschäftssitz der DVG e.V..

Das Tätigkeitsgebiet erstreckt sich auf Deutschland.

2. Schwerpunkt und Zielsetzung

Die „Deutsche Volksgewerkschaft“ ist eine Volksbewegung, die sich zum Ziel setzt, Staat und Gesellschaft in unserem Land so zu gestalten, daß alles politische und wirtschaftliche Handeln im Namen, im Interesse und zum Nutzen des Volkes geschieht. Es handelt sich nicht um eine Gewerkschaft im herkömmlichen Sinne. Die DVG ist für alle da und vertritt die Interessen des gesamten „Deutschen Volkes“.

Die Zielsetzung der DVG ist der Aufbau einer neuen Gesellschaftsordnung für das deutsche Volk, deren Wesen im äußeren und inneren Frieden besteht. Wir wollen Schluß machen mit der rechtswidrigen Ausbeutung der Bürger „Im Namen des Volkes“

Wir setzen uns folgende Arbeitsschwerpunkte:

1. Bildung einer sozialen, demokratischen Volksgemeinschaft im Sinne der Ideen der Grundgesetzartikel 20 Abs.1 bis 4, Art. 20 a sowie Art. 146 mit dem Ziel einer rechtsstaatlichen, vom Volk unmittelbar legitimierten Ordnung im Einklang mit dem Völkerrecht.

2. Die Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung insbesondere mit dem zwingenden Recht der Volksabstimmung in bezug auf die Verfassung oder Gesetzesvorhaben. Das Gleiche gilt für Verordnungen.

3. Weiterhin setzt sich die DVG ein für die Durchführung einer Nationalversammlung zu diesen Themenkreisen.

Ziel ist ein nach Völkerrecht souveräner, unabhängiger freier deutscher Staat, der dem Frieden verpflichtet ist.

4. Die Umwandlung der DVG in eine politische Partei ist ausgeschlossen.

5. Über weitere programmatische Vereinsziele im Sinne dieser Vorgaben befindet die Mitgliederversammlung.

3. Realisierung der Vereinsziele

Zur Realisierung ihrer Ziele führt die DVG Veranstaltungen, Seminare, Foren, Ausstellungen, Unterschriftensammlungen, Kundgebungen und Kampagnen durch und richtet zeitweilige oder dauerhafte Arbeitskreise zu satzungsgemäßen Themen ein.. Diese erarbeiten, koordinieren und legen Positionspapiere zu Themenschwerpunkten vor. Hierzu wird auch satzungsgemäß die Durchsetzung eines verbindlichen Friedensvertrages für Deutschland zählen sowie eine durch Volkswillen beschlossene neue demokratische Verfassung.

Um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, gibt die DVG entsprechende Materialien und Publikationen heraus.

4. Gemeinnützigkeit

Die Volksgewerkschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke,

im Sinne der Abgabenordnung. Sie verfolgt keinerlei eigenwirtschaftliche Interessen oder Ziele, und ist deshalb nach ihren Statuten selbstlos tätig.

Die Verwendung der Beitrags- und Spendenmittel der DVG ist ausschließlich an satzungsgemäße Zwecke gebunden.

Spenden an die die DVG dürfen nicht an politische Forderungen und Zielsetzungen gebunden sein, die nicht Inhalt der Satzung sind. Diese Festlegung gilt ebenso für Organisationen, Vereine, einzelne Personen und Parteien jedweder Art.

5. Mitgliedschaft

Mitglied der DVG kann jede natürliche Person im Sinne des BGB werden, die das 14. Lebensjahr erreicht hat, Deutscher nach Art. 116 GG ist und das Grundsatzprogramm der DVG anerkennt.

Dasselbe gilt für juristische Personen, Verbände oder Vereinigungen, sofern deren Ziele und Zwecke nicht zu den Kerngedanken dieser Satzung im Widerspruch stehen.

Nicht erlaubt ist die Propagierung von rassistischem oder antisemitischem Gedankengut.

Dieses versteht sich bereits von selbst im Sinne einer persönlichen moralischen Grundhaltung eines jeden Mitglieds.

Notwendig ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag.. Dieser kann formularmäßig vorgegeben werden, ggf. mit einem Fragenkatalog, über den sich der Antragsteller wahrheitsgemäß zu erklären hat

Der Antrag ist an den Vorstand zu richten. Über die Aufnahme und die Form der Mitgliedschaft entscheidet die Geschäftsführung im Auftrag des Vorstandes.

Der vollständig gestellte Antrag gilt als angenommen, wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine schriftliche Ablehnung erfolgt.

Ein Austritt ist jederzeit möglich, mit oder ohne Angabe von Gründen. Der Austritt bedarf der Schriftform, oder endet bei dem Ableben eines Mitglieds.

Der Ausschluss eines Mitglieds aus der DVG kann mit sofortiger Wirkung bei grundlegenden, wiederkehrenden oder groben Verstößen gegen die Satzung bzw. sich aus dieser ergebenden Verpflichtungen erfolgen, insbesondere, wenn dem Zweck der DVG zuwidergehandelt worden ist, oder bei Verleumdung von Organmitgliedern, oder Verursachung von Zwistigkeiten unter den Mitgliedern.

Vor Entscheidung über den Ausschluss ist das Mitglied anzuhören.

Der Ausschluss bedarf eines Beschlusses des gesamten Vorstandes. Die Entscheidung ist dem Mitglied unter Nennung der wesentlichen Gründe in geeigneter Form mitzuteilen.

Gegen den Ausschluss ist binnen eines Monats (Ausschlussfrist) ab Zugang der Entscheidung beim Mitglied die Anrufung des Schiedsgerichts möglich.

Bis zur Entscheidung über das Rechtsmittel ruhen alle Rechte aus der Mitgliedschaft; ggf. bestehende Ämter dürfen nicht mehr wahrgenommen werden.

Macht das Mitglied von dem Recht der Anrufung des Schiedsgerichts keinen Gebrauch oder versäumt es die Ausschlussfrist, so unterwirft es sich damit dem Ausschließungsbeschluss.

Die Mitgliedschaft gilt damit als beendet.

Bestätigt das Schiedsgericht die Ausschließung, ist als weiteres Rechtsmittel auf Antrag die Entscheidung der Mitgliederversammlung herbeizuführen. Der Ausschluß ist auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung zu setzen und zur Abstimmung zu stellen. Entschieden wird mit einfacher Mehrheit in geheimer Abstimmung. Mit Auszählung und Bekanntgabe des Ergebnisses erlangt die Entscheidung Bestandskraft.

6. Rechte und Pflichten der Mitgliedschaft

I.- Jedes Mitglied hat das Recht, an der Willensbildung der DVG, insbesondere an Veranstaltungen, Wahlen, Seminaren, Abstimmungen und Arbeitskreisen, im Rahmen dieser Satzung teilzunehmen. Rede-, Antrags- und Vorschlagsrechte im Rahmen der

Geschäftsordnung jederzeit auszuüben. Vor jeder Beschlussfassung hat das Mitglied das Recht, Fragen zu stellen und die eigene Meinung zur anstehenden Entscheidungen und Problemen vorzutragen.

2.- Jedes Mitglied hat die Pflicht:

a. - Die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse der Mitgliederversammlung und damit der DVG als demokratisch gefasste Mehrheitsentscheidung anzuerkennen.

b. - Seinen Vereinsbeitrag satzungsgemäß zu entrichten, falls nicht freigestellt. Zuständig für die Einziehung der Beiträge sind die gewählten Organe vor Ort.

c.) Von Mandatsträgern/innen, werden in besonderem Maße erwartet: " Die Programmatischen Grundsätze des Vereins und die damit demokratisch gefassten Beschlüsse der anderen einzelnen Organe, auch in der politischen Arbeit und Zielsetzung glaubwürdig und mit Nachdruck zu vertreten ". Diese Mandatsträger/innen sind verpflichtet, ihren vor Ort wohnenden Mitgliedern regelmäßig über die von ihnen geleistete Arbeit, einen Bericht zu erstatten. Diese auch regelmäßig über die Arbeit im Verein zu informieren und regelmäßig Versammlungen abzuhalten. Alle betroffenen Mitglieder eines bestehenden Landesverbandes, Kreisverbandes oder Ortsrates sind hierzu einzuladen.

d. - Zur Vermeidung von Interessenkonflikten dürfen Mandatsträger/rinnen der DVG keinerlei finanzielle Forderungen entgegennehmen, in Rechnung stellen oder beanspruchen. Dies gilt auch für die Absicht, im Tun und Handeln in anderen fremden Organisationen, Vereinen, Parteien gleicher Zielsetzungen wie der DVG in Vorständen zu sein. In besonderen Fällen können etwaige entstandene und vorgelegte Unkosten auf Antrag und Nachweis der Auslagen in angemessenem Umfang erstattet werden.

e. - Im Falle eines Ausscheidens oder einer Amtsniederlegung eines gewählten Mandatsträgers/ einer Mandatsträgerin, bei einem Landesverband, Kreisverband oder Ortsverband muss umgehend ein kommissarischer Vorstand die Amtsgeschäfte übernehmen. Jedoch sind auch zum gleichen Zeitpunkt umgehend Neuwahlen anzuberaumen, unter Einhaltung einer verkürzten Einladungsfrist von mindestens zwei Wochen, aller betroffenen Mitglieder vor Ort. Hierüber ist ein Sitzungsprotokoll zu erstellen und dem geschäftsführenden Bundesvorstand umgehend zuzustellen und zur Kenntnis zu bringen.

7. Ordnungsmaßnahmen

Gegen ein Mitglied, das durch beharrliches Zuwiderhandeln, gegen gefasste Beschlüsse des Vereins, durch ehrlose, wiederholte Handlungen, oder durch grobe Verstöße gegen die Grundsätze der Volksgewerkschaft verstößt, können vor einem Ausschlussverfahren Ordnungsmittel beantragt werden.

Dies kann wie folgt geschehen und folgende Regelungen stehen zur Auswahl:

a. - Eine Abmahnung in Form durch die Erteilung einer Rüge

b. - Die zeitweilige Aberkennung des Rechtes zur Bekleidung einzelner oder aller Funktionen innerhalb des Vereins für die Dauer von bis zu drei Jahren

c. - Das zeitweilige Ruhen einzelner oder aller Rechte aus der Mitgliedschaft bis zur Dauer von drei Jahren.

D - Den Ausschluss aus der DVG.

e. - Auf Ausschluss kann in Ergänzung zur bereits oben aufgeführten Regelung auch erkannt werden, wenn das Mitglied vorsätzlich gegen die DVG-Statuten, oder erheblich gegen die Grundsätze, oder die Ordnung der DVG verstoßen hat. Hierunter fallen insbesondere falsche und unglaubwürdige, persönlich gemachte Angaben zu den Aufnahmemodalitäten in die DVG.

Im Übrigen gilt die Regelung oben unter § 5 (Mitgliedschaft)

8. Organe

Organe der Volksgewerkschaft sind die Mitgliederversammlung und die auf die jeweiligen Bundesländer bezogenen Vorstände, sowie der geschäftsführende Bundesvorstand. Die Volksgewerkschaft hat das Recht, innerhalb Deutschlands, einschließlich Berlin, Landesverbände, Kreisverbände und Ortsverbände nach den Grundsätzen der Vereinssatzung zu gründen und zu errichten. Dies können zunächst auch bloße Geschäftsstellen sein, die in geeigneter Weise ehrenamtlich durch Mitglieder betrieben werden als Anlauf- und Informationsstelle für Interessenten. Näheres regelt eine Geschäftsstellenordnung.

9. Die Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das höchste Organ der DVG und tagt mindestens ein Mal im Jahr öffentlich. Diese wird von einem Sitzungsleiter/in und sechs Besitzern/innen geleitet. Dazu werden alle Mitglieder durch die einzelnen, untergliederten Vorstände, mit einer Frist von vier Wochen schriftlich eingeladen.

Die Mitgliederversammlung beschließt über Satzungsfragen, das Arbeitsprogramm und das Finanzkonzept. Sie wählt auch in geheimer Wahl/ Briefwahl die einzelnen neu zu wählenden Vorstände. Anträge, Satzungsänderungen und andere Anträge, können bei einer vorher durch den Sitzungsleiter eingerichteten Satzungskommission, rechtzeitig vor Beginn der eigentlichen Mitgliederversammlung eingereicht und gestellt werden,

Über die Mitgliederversammlung ist ein Protokoll zu führen, welches von dem/der Sitzungsleiter/in und Protokollführer/in zu unterzeichnen ist. Dieses Protokoll ist bei der Bundesgeschäftsstelle zu hinterlegen und bei berechtigten Zweifeln, Interessen, jederzeit durch ein Mitglied, welches dieses verlangt und wünscht, einzusehen.

10. Vorstände der Volksgewerkschaft

Der Bundesvorstand wird von der gesamten Mitgliederversammlung in geheimer Wahl/Briefwahl für die Dauer von drei Jahren gewählt.

Alle Vereinsmitglieder wählen den geschäftsführenden Bundesvorstand. Die DVG gliedert sich auf in : (Geschäftsstellen vor Ort) Es kann auch ein Landesverband, ein Kreisverband und es können Ortsverbände gegründet werden.

In den Grenzen eines Bundeslandes gibt es **nur einen Landesverband**. Alle Wahlen zu Landesverbänden, Kreisverbänden und Ortsverbänden haben ebenfalls, durch die jeweiligen ortsansässigen

Mitglieder des jeweiligen Bundeslandes genau so zu erfolgen, wie bei den Wahlen zum Bundesvorstand. **Auch hier ist eine Amtszeit von drei Jahren fester Bestandteil dieser Satzung. Auch hier gelten die gleichen Bestimmungen wie beim Bundesvorstand.** Ein Ortsverband ist die kleinste Einheit in der DVG. Danach kommt der Kreisverband, danach der Landesverband. **Der Landesverband ist das höchste Organ eines Bundeslandes.**

Ortsverbände sind in besonderem Maße und in jeglicher Hinsicht durch den Landesverband und Kreisverband bei ihrer Arbeit voll zu unterstützen. **Der Ortsverband besitzt Priorität!**

11. Der Bundesvereinsvorstand

" Fünf geschäftsführende Vorstandsmitglieder bilden den gesamten Bundesvereinsvorstand !

Die DVG wird durch den geschäftsführenden Bundesvorstand vertreten. Jedes der fünf gewählten geschäftsführenden Vorstandsmitglieder ist für die Abwicklung - vereinsinterner Angelegenheiten nach - Innen und nach Außen -, - **nur in ihrer Gemeinschaft zusammen** - vertretungsberechtigt und befugt . Er wird durch die gesamten Mitglieder kontrolliert.

Daher müssen gewählt werden:

- **1. Vorsitzender/e**
- **2. Vorsitzender (1 Stellvertreter/ende)**
- **3. Vorsitzender (2 Stellvertreter/ende)**

- 4. Schriftführerin/in

- 5. Schatzmeister/in

Scheidet ein gewähltes Mitglied des Bundesvorstandes während einer Amtsperiode aus, so müssen umgehend Neuwahlen, innerhalb einer Frist von 3 Wochen für das ausgefallene geschäftsführende Vorstandsmitglied erfolgen. Diese Regelung betrifft auch die untersten Ebenen von Landesverbänden, Kreisverbänden und Ortsverbänden. Auch hier gelten die Regelungen für alle, wie im Falle des Bundesvorstandes, wie in den Untergliederungen bereits voran dargestellt.

12. Aufgaben des Bundesvorstandes

Der Bundesvorstand der DVG leitet die Geschicke des gesamten Vereins.

Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere:

a. - Die laufende Geschäftsführung

b. - Die öffentliche Darstellung in den Medien, in der Öffentlichkeit

c. - Die Betreuung und Unterstützung / Beratung von Landesverbänden, Kreisverbänden und Ortsverbänden besonders im Hinblick auf Einhaltung der Satzung.

d. - Das Verwalten der Mitgliederdaten (Diese werden von den Landesverbänden ständig neu mitgeteilt und aktualisiert und an den geschäftsführenden Bundesvorstand bzw. deren Hauptgeschäftsstelle übermittelt..

e. - Die Vorbereitung von gemeinschaftlichen Mitgliedertagungen

f. - Die Umsetzung der Beschlüsse

g. - Die Koordination der Vereinsziele und deren Durchsetzung

h. - Die gerechte Verteilung von Mitgliedsbeiträgen und Spendengeldern bis in die kleinste Einheit, die Ortsverbände .

Immer im Einvernehmen mit allen und den jeweiligen Vereinsuntergliederungen.

13. Unvereinbarkeiten

Kein gewähltes Mitglied darf gleichzeitig zwei oder mehreren Vorständen innerhalb des Vereins angehören.

Bundesvorstandsmitglieder können, wenn es gewünscht wird, nur mit beratender Stimme dem Vorstand eines Landesverbandes, eines Kreisverbandes oder eines Ortsverbandes,

beratend zur Seite stehen. Ansonsten arbeiten alle Untergliederungen des Vereins eigenständig und in eigener Verantwortung im Sinne der Ziele der DVG.

14. Wahlverfahren

Die Wahlen der jeweiligen Vorstandsmitglieder sind geheim durchzuführen.

Hierzu kann auch eine geheime Briefwahl zählen. Bei den übrigen Wahlen können die Mitglieder aber auch in gemeinschaftlicher Beschlussfassung, - **protokolliert** - beschließen, eine offene Wahl durchzuführen, wenn auf öffentliches Befragen hin durch den Versammlungsleiter hier kein Widerspruch in der Gemeinschaft besteht.

Gewählt sind dann die Kandidaten, die die meisten, mindestens aber mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten haben. Bei einem erforderlichen zweiten Wahldurchgang gilt als gewählt, wer die Mehrheit der Stimmen erhält. Bei Stimmgleichheit findet eine Stichwahl statt. Bei neuer Gleichheit entscheidet das Los.

Es muss darauf geachtet werden, dass der Stimmzettel die Namen aller vorgeschlagenen Bewerber für das zu wählende Amt enthält. Benützt werden darf nur ein geschlossenes Behältnis , welches auch nur vom Wahlleiter unter Aufsicht der Wahlhelfer geöffnet werden darf.

Die Stimmenausszählung hat nur vom Wahleiter und seinen Wahlhelfern zu erfolgen unter Ausschluss der Öffentlichkeit.

Dabei darf für die Kandidaten/innen jeweils nur eine Stimme abgegeben werden. Insgesamt hat jeder Wähler nur so viele Stimmen wie Kandidaten zu wählen sind.

Eine Frauenquote wird nicht festgelegt, sondern gilt als Selbstverständlichkeit! Hierfür gilt der Grundsatz: " Jeder nach seinen Fähigkeiten! " Die Kandidaten/innen werden jeweils gebeten, sich ihrer Wählerschaft auch vor der Wahl persönlich einmal kurz vorzustellen. Alle Wahlen unterliegen der geltenden Wahlgesetzgebung. Jeder hat das Recht, sich zu melden und sich einer Wahl zu stellen.

15. Wahlkommission

Wahlen werden durch eine unabhängige Wahlkommission durchgeführt, welche durch einstimmigen Beschluss aller Mitglieder bestimmt wird. Die Mitglieder einer Wahlkommission sind in ihren Entscheidungen völlig frei und unabhängig. Mitglieder einer Wahlkommission dürfen sich selbst nicht vorschlagen. Sie müssen durch die Mitglieder einer öffentlichen Mitgliederversammlung vorgeschlagen werden. Und auch sonst dürfen sie nicht für ein zu wählendes Amt als Bewerber zur Verfügung stehen. Nach Beendigung des Wahlvorganges müssen die Wahlzettel durch den Wahlleiter versiegelt und mit allen Unterschriften der Wahlhelfer versehen an den Bundesvorstand verschickt werden. Dieser wiederum muss dafür Sorge tragen, dass diese Wahlunterlagen drei Jahre lang aufbewahrt werden und gegebenenfalls für jedes Vereinsmitglied bei berechtigtem Interesse zu dessen Einsicht und Verlangen vorzulegen sind.

16. Finanzprüfung

Das laufende Kalenderjahr gilt als Geschäftsjahr. Vor jeder Mitgliederversammlung ist ein Kassenbericht zu erstellen und eine Rechnungsprüfung durchzuführen.

Der/Die Rechnungsprüfer/in mit seinen beiden Kassenprüfern/innen werden vom Vorstand bestellt.

17. Finanzmittel

Die finanziellen Mittel der DVG setzen sich aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden zusammen. 5 Euro beträgt der Mitgliedsbeitrag für Mitglieder und Rentner mit normalen Einkommen. Es ist eine freiwillige Basis, wer mehr geben möchte, kann dies tun. Jugendliche in Ausbildung, Grundwehrdienst oder arbeitslos sind bis zum 18 Lebensjahr beitragsfrei. Arbeitslose und Rentner mit Grundsicherungseinkommen zahlen einen monatlichen Beitrag von 2 Euro.

18. Auflösung des Vereins

Die DVG kann aufgelöst werden, wenn Zweck und Zielstellung entfallen.

Der Beschluss hierzu muss von zwei Drittel der Mitglieder gefasst werden.

Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen an eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung friedenspolitischer Maßnahmen.

Es wurden folgende Änderungen/Ergänzungen vorgenommen:

1. Es wurde an § 2, Abs.3 folgende Ergänzung eingefügt:

"Die DVG e.V. ist grundsätzlich für alle da ..."

2. Es wurde an § 5, Absatz 1, folgender Satz eingefügt:

"Totalitäre, diktatorische und faschistische Bestrebungen jeder Art, sowie sektiererische Zugehörigkeiten lehnt der Verein "Volksgewerkschaft" ab und schließt hierfür eine Mitgliedschaft aus."

3. Es wurde an § 5, Absatz 5, folgender Satz zugefügt:
Über die Aufnahme ... entscheidet die örtliche Geschäftsstellenleitung, sofern bereits vorhanden, im Einvernehmen mit dem Vorstand."
6. Es wurde an § 5, Absatz 6, folgender Satz geändert:
"Über den vollständig gestellten Antrag ergeht ein Bescheid, unterzeichnet von der Geschäftsstellenleitung und vom Vorstand."
7. Es wurde an § 5, Absatz 7, folgender Satz geändert:
"Ein Austritt ist jederzeit möglich und bedarf der Schriftform. Die Mitgliedschaft endet mit dem Ableben eines Mitglieds."
8. Es wurde an § 5, Absatz 10, folgender Satz geändert:
"Der Ausschluss eines Mitglieds bedarf des Beschlusses des Vorstands mit einfacher Mehrheit."
und
" Die Entscheidung ist dem Mitglied unter Nennung der wesentlichen Gründe in geeigneter Form zuzustellen."
9. Es wurde an § 10, Absatz d, folgender Satz ergänzt:
"... bzw. deren Hauptgeschäftsstelle unter Beachtung des Datenschutzgesetzes übermittelt."
10. Es wurde an § 11, folgendes vorangestellt
- a) Der Ältestenrat besteht aus 7 Mitgliedern und wird bei der ersten Generalversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt.
 - b) Der Ältestenrat hat die Aufgabe, den Bundesvorstand zu unterstützen und zu beraten.
 - c) Im Falle einer Zuwiderhandlung des Bundesvorstandes gegen die Satzung des Vereins oder gegen gefasste Beschlüsse hat der Ältestenrat das Recht, dem Bundesvorstand mit sofortiger Wirkung die Geschäftsführung zu entziehen und zu übernehmen und die Geschäftsführung bis zur nächsten Generalversammlung durchzuführen.
 - d) Der Ältestenrat hat zu diesem Zwecke volles Mitspracherecht gegenüber dem Bundesvorstand.
11. Es wurde an § 14, folgendes ergänzt:
"Vor der jährlichen Generalversammlung ist ein Kassenbericht ..."
12. Es wurde an § 15, folgendes geändert
"Der Mitgliedsbeitrag ist innerhalb von 4 Wochen nach Zugang der Mitgliedsbestätigung zu zahlen. Im Folgejahr ist für Jahreszahlungen der Mitgliedsbeitrag in dem Monat seines Eintritts mit einer Karenz von 4 Wochen zu zahlen. 5 Euro beträgt der Mitgliedsbeitrag monatlich für Mitglieder ..."
"Näheres regelt die Finanzordnung."
13. Es wurde an § 5, folgendes ergänzt
"Das Schiedsgericht (Bundesschiedsgericht) besteht aus drei Mitgliedern und wird von der Generalversammlung für die Dauer von drei Jahren gewählt. Das Schiedsgericht entscheidet mit einfacher Mehrheit ohne Berücksichtigung der Enthaltungen.

Saarbrücken, den 28.03.2009

Einstimmig beschlossen und verkündet durch die Gründungsmitglieder